

DOI: 10.5771/0342-300X-2025-2-80

Transatlantische Ungewissheit: Wie Europa seine Sicherheit neu denken muss

DANIELA SCHWARZER

Die Münchner Sicherheitskonferenz Mitte Februar hat bestätigt, was viele befürchtet haben: Europa erlebt kein kurzfristiges Erdbeben, sondern eine tektonische Verschiebung globaler Kräfteverhältnisse und Allianzen. Die zweite Amtszeit von Donald Trump markiert das Ende der transatlantischen Verlässlichkeit. Der Ukraine-Krieg hat die europäische Sicherheitsarchitektur schwer erschüttert – nun wankt auch der letzte amerikanische Stabilitätsanker europäischer Sicherheit. Trump stellt den US-Beitrag zur europäischen Verteidigung infrage, fordert Verteidigungsausgaben in Höhe von 5 % des BIP. US-Verteidigungsminister Pete Hegseth hat in Brüssel erklärt, dass Europa die Hauptlast der Ukraine-Hilfen tragen sowie im Falle einer Friedenslösung Sicherheitsgarantien übernehmen müsse. Gleichzeitig versucht die US-Regierung, sich Zugang zu ukrainischen Rohstoffreserven zu sichern – ohne sicherheitspolitische Gegenleistungen für Kyjiw.

Den Bruch mit der transatlantischen Partnerschaft bekräftigte Trump durch sein Telefonat mit Wladimir Putin. Ohne die Ukraine oder NATO-Partner zu konsultieren, vereinbarte er die Aufnahme von Friedensgesprächen und signalisierte noch vor Verhandlungsbeginn Zugeständnisse an Russland. Die Sicherung eines möglichen Waffenstillstands will er derweil den Europäern überlassen. Europa ist auf sich selbst zurückgeworfen und muss künftig eigenständig für seine Sicherheit sorgen.

Binnen weniger Wochen hat Trump die USA aus ihrer traditionellen Rolle als globale Ordnungsmacht herausgelöst, sichtbar an der fundamental veränderten US-Haltung zur Ukraine und dem Rückzug aus multilateralen Institutionen wie der WHO und dem Pariser Klimaschutzabkommen. Mit der Demontage des multilateralen Handelssystems schwächen die USA zudem die internationale Wirtschaftsordnung.

Trump nutzt Handelsthemen, um politische Zugeständnisse zu erzwingen: Er verknüpft sie mit der Rücknahme von Migrant*innen und verschärftem Grenzschutz, instrumentalisiert Sicherheitsfragen, um Unternehmen zu Investitionen in den USA zu zwingen oder sie aus dem Markt zu drängen. Bereits zwei Wochen nach seinem Amtsantritt verhängten die USA und China neue Zölle gegeneinander.

Entscheidend für europäische Exporte sind die Entwicklungen im Frühjahr: Handelsminister Howard Lutnick wird wichtige Handelsbeziehungen überprüfen und Maßnahmen zur Reduktion des US-Handelsdefizits vorlegen. Je spannungsreicher das Verhältnis mit den USA wird, desto dringender sollte die EU ihre Handelspolitik fortsetzen, denn bi- und minilaterale Abkommen werden angesichts der WTO-Aushöhlung wichtiger, um regelbasierte Strukturen zumindest in Teilen zu bewahren. Dazu gehören auch Verhandlungen mit Mittelmächten, die normativ nicht zwingend gleichsinnig sind.

Relevant für Europa ist aber auch, was im Inneren der USA passiert. Trump entlässt tausende Bundesbeamte, schließt Behörden und schwächt die Geheimdienste. Er missachtet Rechtsstaatsprinzipien, greift verfassungsrechtliche Grundsätze an und droht mit Völkerrechtsbrüchen.

Doch die Gefahr reicht über die USA hinaus: In Deutschland haben Trump-nahe Akteure den Bundestagswahlkampf beeinflusst, um rechtsextreme und pro-russische Kräfte zu stärken und die Bundesregierung – und damit die EU – zu schwächen. So warb Elon Musk für die AfD und erhöhte künstlich deren Reichweite auf X, während Vizepräsident J.D. Vance bei der Münchner Sicherheitskonferenz zur Zusammenarbeit mit der AfD aufforderte und die Meinungsfreiheit in Europa anzweifelte.

Noch nie war der Druck auf die EU von so vielen Seiten gleichzeitig so hoch – durch Russland, China und nun auch die USA. Europa muss jetzt entschlossen handeln, in flexiblen Koalitionen, denn Konsens innerhalb der EU-27 wird in dieser neuen Realität nicht schnell genug Lösungen hervorbringen.

So sollte ein Kern europäischer Staaten, darunter Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Polen, die Niederlande, die baltischen Staaten und Skandinavien, die Sicherheits- und Verteidigungszusammenarbeit stärken. Es gilt dabei, innerhalb der NATO zu agieren, doch sollte das Bündnis weiter geschwächt werden, kann dies als Grundstein für eine eigenständige Sicherheitsarchitektur dienen. Der Fokus sollte zunächst auf kurzfristig umsetzbaren Maßnahmen liegen, die Europa schnell handlungsfähiger machen. Parallel muss ein langfristiges Sicherheitskonzept erarbeitet werden.

Gleichzeitig darf europäische Sicherheit nicht ohne die Ukraine gedacht werden. Ihre Zukunft darf nicht allein von den USA oder Russland bestimmt werden. Europa muss eine Friedenslösung militärisch sowie wirtschaftlich absichern. Dies erfordert langfristige Verpflichtungen und die strategische Integration der Ukraine in Europas Verteidigungsstruktur – ihre kampferprobte Armee könnte zukünftig eine Schlüsselrolle für die europäische Verteidigung spielen.

Schließlich muss Europa wirtschaftlich und technologisch unabhängiger werden. Wenn 80 % der Schlüsseltechnologien aus den USA und China stammen, bedeutet das nicht nur eine wirtschaftliche Schwäche für Europa, sondern auch ein sicherheitspolitisches Risiko. Es braucht verstärkte Investitionen in europäische Cloud- und Kommunikationslösungen sowie eine robuste Cybersicherheitsstrategie und strengere Regulierungen ausländischer Übernahmen in strategisch relevanten Industrien. Gleichzeitig muss Kooperation mit Akteuren wie Japan, Südkorea und wichtigen Partnern im globalen Süden ausgebaut werden, um Alternativen zu schaffen. ■

AUTORIN

DANIELA SCHWARZER, Prof. Dr., Vorständin der Bertelsmann Stiftung und Honorarprofessorin für Politikwissenschaft an der FU Berlin. Schwerpunktthemen: Zukunft Europas in Zeiten wachsender geoökonomischer und geopolitischer Konkurrenz, Gestaltung der europäischen und transatlantischen Sicherheits-, Wirtschafts- und demokratischen Ordnung, Erweiterung und Reform der EU.